

**XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 44. Beiratssitzung am 29.01.2019**  
**Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:45 Uhr**

Anwesend waren  
die Damen und Herren Beiratsmitglieder  
R.Hennig, S. Besecke, R. Kurpjuhn, M. Pacaci-  
B. Hornhues, M. Hornhues, H. Lürßen, J. Eckert, M. Freihorst-  
E. Friesen, U. Schnaubelt -  
R. Tegtmeier –  
A. Müller-Lang–  
H. Boll –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum  
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Uwe Papencord, stellvertretender Leiter des Ordnungsamtes Bremen  
Dr. Petra Kodré (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)  
Frau Kirsten Kreuzer (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)  
Frank Heidebrunn (Lärmkontor GmbH).

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die Sitzung.

**Herr Boehlke** weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 18.01.2019 verschickt.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

*Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2018**

*Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.*

**TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

- 2.1: Bürgerin A** wohnt gegenüber dem Restaurant Kohenoor an der Bremerhavener Heerstraße 87. Sie fragt den Beirat, warum der Lärmvermeidung so eine geringe Priorität eingeräumt wird. Was Bremen gegen Lärm unternimmt. Warum wird an der Bremerhavener Heerstraße ein großer Edeka und ein Physiotherapiezentrum errichtet, wodurch noch mehr Verkehr in die Straße geleitet wird. Werden an der Straße Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen und Bußgelder bei Überschreitungen verhängen? Warum gibt es keine Schallschutzmaßnahmen an der A270. Die Bürgerin wird ihre Beschwerde noch schriftlich einreichen.
- 2.2: Bürger B** fragt an, ob die 5-6-Zügigkeit der Oberschule Helsinkistraße gesichert ist.
- 2.3: Bürger C** fragt, ob die Post an der Bremerhavener Heerstraße nun geschlossen wird oder nicht.

### **TOP 3: Vorstellung des allgemeinen Ordnungsdienstes**

Herr Boehlke begrüßt Herrn Papencord, stellvertretender Leiter des Ordnungsamtes Bremen. Das Ordnungsamt besteht seit April 2017, der Außendienst wird seit 2018 durchgeführt. Im Bremer Norden sind fünf Personen eingesetzt. Herr Papencord stellt die Arbeit des Ordnungsdienstes mittels Präsentation (s. Anlage 1) vor.

Herr Hornhues begrüßt die Arbeit des Ordnungsdienstes. Er stellt fest, dass mit Ordnungsdienstmitarbeitern und Umweltwächtern schon deutlich mehr Personal auf der Straße ist. Ihm fehlt aber das Element Beirat und Ortsamt in der Abstimmung. Er wünscht sich eine enge Zusammenarbeit mit Ortsamt und Beirat.

Herr Papencord stimmt dem zu. In Absprache mit dem Innensenator soll ein „runder Tisch Verkehrsüberwachung“ wiederaufleben, auch um mögliche Überwachungsschwerpunkte und die Einsatzplanung (z.B. Schwerpunktaktionen) abzustimmen.

Frau Boll fragt nach der Arbeitsweise. Wird auf Zuruf und Beschwerdelagen reagiert und ansonsten werden Streifen gelaufen. Sie hält es für sehr wichtig, dass die Stadtteile gut kennen gelernt werden.

Frau Schnaubelt fragt, ob man illegal abgestellten Müll auch dem Ordnungsdienst melden kann. Herr Papencord verweist auf die zuständige Bremer Stadtreinigung.

Herr Hennig plädiert für eine personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes.

*Beschluss: (einstimmig)*

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und begrüßt die Tätigkeiten des Ordnungsamtes, insbesondere des Ordnungsdienstes, in den Stadtteilen. Der Beirat wünscht sich eine enge Kooperation mit dem Ortsamt und dem Beirat. Er regt daher einen quartalsmäßigen Runden Tisch „Innere Sicherheit“ im Ortsamt Burglesum an. Perspektivisch ist die Anzahl der Mitarbeiter\*innen im Ordnungsdienst zu erhöhen, um in allen Stadtteilen bedarfsgerecht agieren zu können. Der Senator für Inneres wird daher gebeten, ein Ausbaukonzept für den Ordnungsdienst zu erarbeiten.*

#### **TOP 4: Vorstellung der Ergebnisse der Lärmmessung am Übergangwohnheim „Am Rastplatz“**

Herr Boehlke begrüßt Frau Dr. Petra Kodré (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport), Frau Kirsten Kreuzer (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport) und Herrn Frank Heidebrunn (Lärmkontor GmbH).

Er schildert kurz die Ausgangslage: Es gibt Beschwerden aus der direkten Nachbarschaft über Lärm aus dem Übergangwohnheim, insbesondere in den Sommermonaten und in den Abend- und Nachtstunden.

Neben diversen Gesprächsrunden mit Einrichtungsleitung, Sicherheitsdienst und Polizei kam es zur Forderung einer Lärmmessung durch den Beirat im Juni 2018. Ziel ist die objektive Bewertung der Sachlage unter Berücksichtigung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Die Messungen erfolgten vom 11.09.2018 bis 25.09.2018 am Haus von Familie Bielefeld.

Herr Heidebrunn stellt die Messergebnisse mittels Präsentation vor (s. Anlage 2) vor.

Lt. Herrn Heidebrunn hat das Gutachten keine rechtlichen Auswirkungen, weil die Immissionsrichtwerte für allgemeine Wohngebiete lediglich für Gewerbe- und Freizeiteinrichtungen gelten, aber nicht für Wohngebäude. Die Richtwerte liegen bei gewerblichen Anlagen tagsüber bei 55 db/A und bei 40 db/A nachts.

Frau Boll fragt noch einmal nach, ob die Richtwerte auf Seite 2 des Gutachtens nicht für diesen Fall gelten. Frau Kreuzer erläutert, dass es sich bei dem Lärm durch schreiende Kinder um privilegierten Lärm handelt. Dennoch ist das Sozialressort für Lösungsvorschläge offen. Die Errichtung einer Lärmschutzwand von 50 Metern Länge und 3,5 Metern Höhe würde 200 000 Euro kosten. Die Übernahme dieser Kosten wird abgelehnt. Außerdem müssten für eine Lärmschutzwand viele Bäume gefällt werden. Es gibt unter anderem Überlegungen, die Innere Mission als Träger des Übergangwohnheims zu bitten, künftig auch abends bis 20 Uhr Personal vor Ort bereitzustellen. Derzeit sei das Personal nur bis 17 Uhr da. Beschwerden habe es häufig in den Abendstunden gegeben.

Frau Schnaubelt stellt fest, dass die Messungen im September stattfanden. Es war ein sehr warmer Sommer und der Lärmpegel in der Zeit wahrscheinlich noch höher und länger in der Zeit. Ausgehend von den Grenzwerten für Gewerbe und Freizeit sind die Werte sehr an der Grenze. Es sind viele Kinder in der Einrichtung. Könnte man nicht die Bewohnerzahl reduzieren. Lärm durch plötzliche Schreie ist darüber weitaus belastender (man schreckt jedes Mal neu auf), als dauerhafte Grundgeräusche, an die man sich gewöhne.

Frau Kreuzer führt aus, dass 330 Plätze genehmigt sind, allerdings zurzeit nur 226 Personen im Heim untergebracht sind. Davon sind 48 Kinder zwischen 0-6 Jahren alt. Es handelt sich um eine Familieneinrichtung. Die Belegung ist nicht voll ausgeschöpft. 116 Personen sind unter 18 Jahre alt. Es ist die Frage, ob es im Hochsommer lauter war, es kann gerne noch eine Messung im Sommer durchgeführt werden.

Herr Hornhues findet, dass selbst wenn es keine formalisierten Grenzwerte gibt, den Hinweis auf die Gewerbe- und Freizeitwerte hinreichend. Die Behörde macht es sich zu einfach mit ihren Schlussfolgerungen. Die Werte sind grenzwertig beziehungsweise in den Abendstunden überschritten, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich zum Teil um Kinderlärm handelt.

Frau Boll fragt welchen Auftrag der Sicherheitsdienst hat. Nur Gefahrenabwehr oder auch für Ruhe zu sorgen. Schreibt die Hausordnung keine Ruhezeiten vor. Sie findet, dass hier der Betreiber des Heimes gefordert ist, die geforderten Ruhezeiten zu trainieren.

Frau Dr. Kodre bestätigt, dass es nur eine Lösung durch technische Anpassung und Verhaltensänderung geben kann.

Frau Schnaubelt unterstützt Maßnahmen die zur Einhaltung der Ruhezeiten anleiten. Frau Boll findet die bald beginnende ambulante Betreuung bedenklich. Sie fordert eine weitere intensive Betreuung. Herr Friesen merkt an, dass man Familie Bielefeld nicht ihrem Schicksal überlassen sollte. Frau Müller-Lang und Herr Tegtmeier haben inhaltliche Fragen zur Messweise.

Herr Hennig findet, dass der Träger und die Behörden verpflichtet sind, auf die Einhaltung von Regeln und Ruhezeiten zu achten. Die Behörde hat gegenüber dem Träger eine Aufsichtspflicht. Und auch der Ordnungsdienst für Ruhe sorgen.

Bürger D fragt, warum überhaupt ein Gutachten erstellt wurde, wenn Kinderlärm nicht als Lärm gilt.

Die Architektur des Gebäudes führt dazu, dass Geräusche wie mit einem Trichter noch verstärkt werden. Man hat keine Ruhe, es wird Fahrrad gefahren, Teppiche gewaschen, spitze Schreie ausgestoßen etc. Bürgerin E teilt mit, dass sie ihren Garten im Sommer nicht einmal benutzt hat. Gespräche sind wegen des Lärms nicht möglich. Die Nerven aller Anlieger liegen blank. Insbesondere wenn das Personal der Inneren Mission nicht anwesend ist, das heißt, abends und am Wochenende, wird es laut. Es scheint außerdem, dass die Kinder nicht ausreichend betreut werden.

Herr Boehlke erinnerte an den Vorschlag, der bereits vor einiger Zeit bei einer Begehung vor Ort gemacht wurde. Dabei handelt es sich um die Einhausung eines Treppenhauses, aus dem besonders viel Lärm dringt.

Herr Reetz von der Inneren Mission teilt mit, dass vor Ort eine Sozialpädagogin ist, die ältere Kinder dazu animiert, ins Jugendzentrum zu gehen. Das SOS-Kinderdorf und die evangelische Kirche bieten eine Kinderbetreuung an. Herr Reetz sagt, dass man den Einsatz von Personal am Wochenende prüfen wird.

Herr Dziemba, Leiter des Polizeireviers in Lesum, kündigt an, dass die Polizei Einsätze und Maßnahmen an der Einrichtung dokumentieren wird. Außerdem wird die Polizei Kontakt zum Sicherheitsdienst aufnehmen.

Beschluss (einstimmig):

*Der Beirat nimmt das Gutachten zur Kenntnis und bewertet die Lärmbelastung auch unter der Berücksichtigung von Kinderlärm etc. als grenzwertig bzw. in den Abendstunden als überschritten. Er erwartet, dass die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Zusammenarbeit mit der Inneren Mission weitere Lösungen, sowohl baulicher Art sowie durch Einwirken auf das Wohnverhalten, prüft und umsetzt. Die nachfolgend genannten Vorschläge der Polizei sind ebenfalls aufzunehmen:*

- *Dokumentation der Ereignisse und den genauen Verlauf der polizeilichen Maßnahme (überwiegend ESD-Lesum)*

- *Teilnahme an regelmäßigen Treffen – Runden Tisch – mit der neuen Heimleitung und anderen Akteuren*
- *Forderung nach einer Hausordnung mit Verbindlichkeiten für Hausbewohner – Information an alle Hausbewohner. Probleme darstellen*
- *Nacharbeitung der Ereignisse durch Beamte vom Revier Lesum*

*Die Betreuung durch die Innere Mission muss auch in den Abendstunden bzw. an den Wochenenden gewährleistet sein und damit im Umfang insgesamt erhöht werden. Durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sind die dafür notwendigen Mittel bereit zu stellen. Die Ergebnisse sind bei einem weiteren „Runden Tisch“ den Beteiligten zu erläutern.*

### **TOP 5: Ergänzende Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange zum Vorhabenbezogenen Bauungsplan 107**

Herr Boehlke teilt mit, dass die Beschlussfassung des Beirats zum VEP 107 in der Sitzung am 23.10.2018 erfolgt ist. Heute soll eine ergänzende Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu den Pflichtstellplätzen für die Wohneinheiten erfolgen. Grundlage sind Bürgereingaben im Rahmen der öffentlichen Auslegung. Frühere Forderungen des Beirates wurden u.a. aufgrund von fehlenden Begründungen zurückgewiesen. Der aktuelle Antrag weist nun noch einmal eine Begründung auf.

Herr Hornhues erläutert, dass inzwischen Beschwerden von Anwohnern über zugeparkte Flächen und Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (Parken im Halteverbot) vorliegen. Dabei sind die vorgesehenen Wohnbauten noch nicht einmal gebaut.

Frau Schnaubelt ist gegen weitere Stellplätze, weil jeder Parkplatz wertvolles Bodengelände versiegelt. Daher fordert sie, entsprechende Ausgleichsflächen zu schaffen.

Herr Hennig merkt an, dass ein Stellplatz nicht zwingend versiegelt werden muss, es geht auch Rasen oder Gittersteine.

Zunächst wird über den Ergänzungsantrag von Frau Schnaubelt (Ausgleichflächen) abgestimmt.

*Beschluss (4 Ja-Stimmen, 9Nein-Stimmen)):*

Der Antrag ist abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung ohne Ergänzung:

*Beschluss (11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)):*

*Zu der bereits abgegebenen Stellungnahme des Beirates Burglesum als Träger öffentlicher Belange zum Vorhabenbezogenen Bauungsplan 107 vom 23.10.2018 fordert der Beirat ergänzend die Prüfung der Herstellung von weiteren Stellplätzen pro Wohneinheit und damit eine rechtlich mögliche Abweichung vom Stellplatzortsgesetz.*

*Eine Abweichung ist unter der Berücksichtigung besonderer Umstände möglich. Diese liegen nach Auffassung des Beirates vor, da das Plangebiet nicht in Zentrumsnähe liegt, sondern*

*vielmehr in einer Randlage. Darüber hinaus richten sich die einzelnen Wohneinheiten an zumeist junge Familien.*

*Bereits an anderer Stelle, war erkennbar, dass diese Zielgruppe einen hohen Mobilitätsbedarf hat, der in dieser Lage mit dem vorhandenen ÖPNV nicht gedeckt werden kann und entsprechend von mehr als einem Pkw pro Wohneinheit ausgegangen werden muss. So herrscht zum Beispiel im Lesum Park aufgrund der geringen Anzahl von Pflichtstellplätzen schon jetzt ein Parkplatzmangel im öffentlichen Raum, obwohl die Baumaßnahmen zum Wohnungsbau noch nicht abgeschlossen sind. Daraus resultieren Beschwerden von Anwohner\*innen über zugeparkte Flächen und eine Vielzahl von Parkverstößen, wie das Parken im Halteverbot etc.*

*Ferner ist festzuhalten, dass das Plangebiet grundsätzlich über ausreichenden Platz zur Errichtung weiterer Stellplätze verfügt – anders als in Ballungsgebieten.*

*Eine Aufstockung der Stellplätze für das neue Baugebiet sorgt für eine Entspannung des schon jetzt nicht ausreichenden öffentlichen Parkraums, sowohl im Plangebiet, als auch in den umliegenden Straßen.*

## **TOP 6: Nachwahlen in den Ausschüssen**

### **6.1: Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus (Vorschlagsrecht FDP)**

Frau Seemann-Ruschin hat mit Wirkung zum 20.12.2018 ihr Mandat schriftlich niedergelegt. Das Vorschlagsrecht liegt bei der FDP.

#### Beschluss:

*Frau Agnes Müller-Lang wird einstimmig gewählt.*

### **6.2: Ausschuss für Umwelt und Kultur (Vorschlagsrecht SPD)**

Mit dem Wechsel des Beiratsmitgliedes Ramazan Serin zur CDU hat die SPD die Nachwahl im Ausschuss für Umwelt und Kultur beantragt. Das Vorschlagsrecht liegt bei der SPD

#### Beschluss:

*Herr Reinhard Hennig wird einstimmig gewählt.*

## **TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

- Neues Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter
- Sporthalle des Schulzentrums an der Alwin-Lonke-Halle
- Antrag auf Beiratsmittel des Sportbades Bremen-Nord
- Bremen räumt auf Terminankündigung (29.-30.03.2019)
- Ausschuss für Umwelt und Kultur, neuer Termin: 25.04.2019

## **TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers**

Keine

**TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen  
Angelegenheiten**

**9.1:** **Frau Hornhues** teilt mit, das in der Straße Waldwinkel Schlaglöcher vorhanden sind.

**9.2:** **Herr Hennig** regt an, die graue Wand um das Graffiti im Untergeschoss zu streichen.  
Ende der Sitzung 21:45 Uhr.

*gez. Boehlke*  
**Vorsitzender**

*gez. Hornhues*  
**Sprecher des Beirates**

*gez. Tietjen*  
**Protokoll**